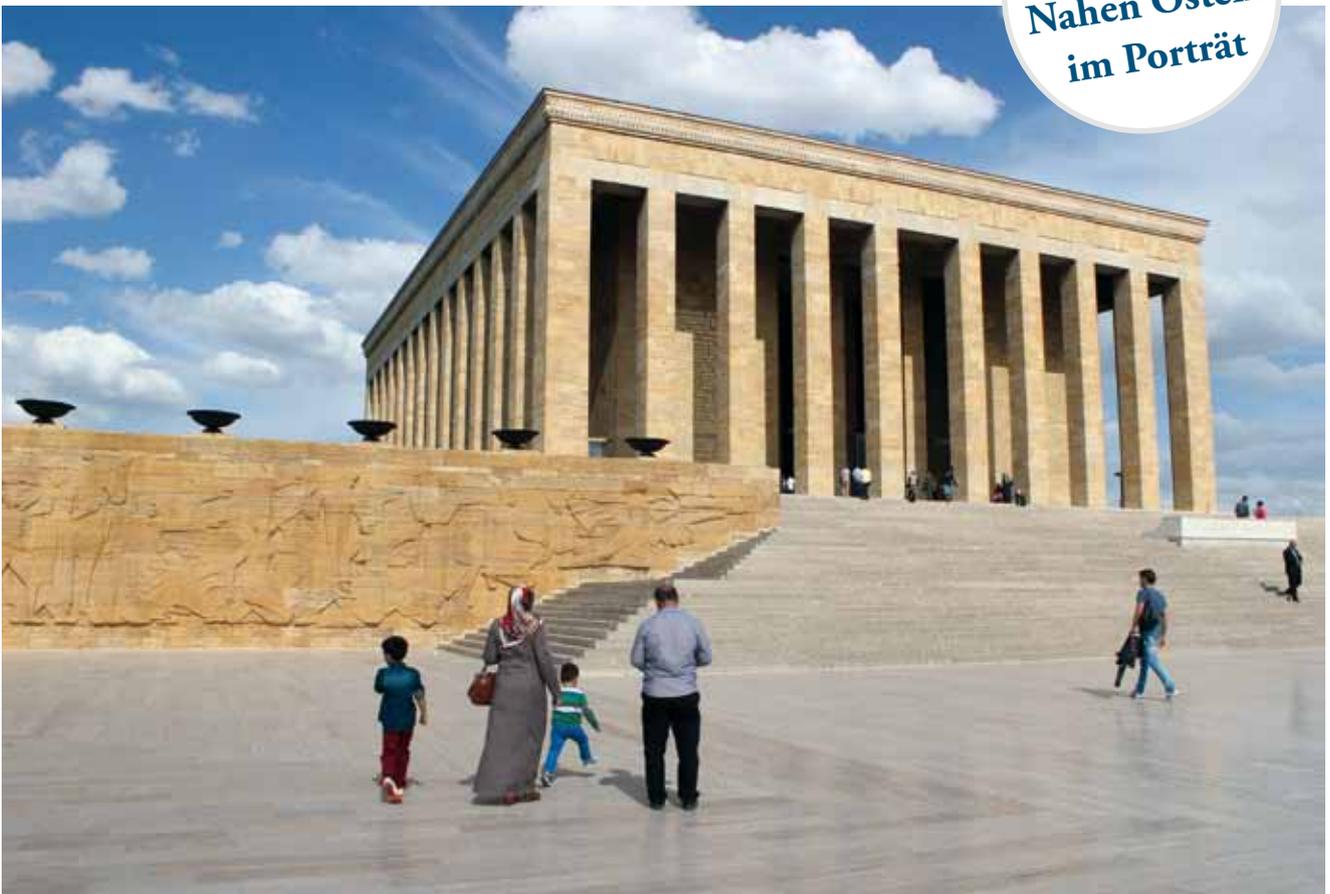


Die Türkei 2015: Atatürks Albtraum

Von Kristina Milz

Länder des
Nahen Ostens
im Porträt



„Anıtkabir“, das Atatürk-Mausoleum in der türkischen Hauptstadt Ankara, ist längst ein republikanischer Pilgerort. Mehrere Millionen Menschen besuchen das monumentale Grabdenkmal des Staatsgründers jährlich.

Foto: Kristina Milz

Ein Partner im Zweifrontenkrieg: Die Türkei kämpft seit Juli 2015 gegen den sogenannten „Islamischen Staat“ (IS) und auch der gewaltsame Konflikt mit der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK flammt wieder auf. Während die europäischen Staaten in der Flüchtlingspolitik mehr denn je auf Staatspräsident Erdoğan angewiesen sind, zeigen sich im Innern des Landes die Folgen eines Versäumnisses der jüngeren EU-Geschichte: Die regierende AKP fühlt sich an demokratische Versprechungen im Rahmen der Beitrittsverhandlungen längst nicht mehr gebunden. Die türkische Frage zu Beginn des 21. Jahrhunderts lautet: Wer verteidigt eigentlich noch Atatürks Erbe – und wer die Demokratie?

Ankara, *Anıtkabir*, das „Grabdenkmal“: Mustafa Kemal, der „Vater der Türken“ liegt einbalsamiert in einem schwarz-weiß marmorierten Sarkophag. Dicke rubinrote Absperrungsbänder in goldener Halterung trennen Atatürks sterbliche Überreste und den Betrachter. Das Mausoleum ist ein republikanischer Pilgerort. Mehrere Millionen Menschen besuchen den Ort jährlich. Türkische Staatsbürgerkinder wird hier täglich vorgelebt: Hunderte von Kindern noch im Grundschulalter strömen, nachdem sie die 250 Meter lange Prunkstraße überwunden und den Wachwechsel der Soldaten hinter sich gelassen haben, über den weiten Platz die Treppenstufen hinauf. Sie schauen ehrfürchtig auf den Grabstein und bewundern im Anschluss im kostenlosen Museum das Auto des Staatsgründers oder propagandistische Ölbilder, die Kriege vom Beginn des 20. Jahrhunderts verherrlichen.

Auf dem Gelände des Atatürk-Mausoleums herrscht der Neoklassizismus: monumentale Dimensionen, hünenhafte Säulen und Löwenfiguren, Travertin und Marmor. Der deutsche Betrachter kann sich an die Bauten des „Dritten Reichs“ erinnern fühlen. Nichts hier entspricht der Ästhetik islamischer Architektur; endlose in sich verschlungene Blumenranken und Ornamente sucht man vergebens. Das ist kein Zufall: Alle architektonischen Entwürfe mit religiöser Konnotation, die bei der Ausschreibung bis 1942 eingingen, wurden rasch aussortiert. Wie sollte auch der Vater des türkischen Säkularismus unter einem islamischen Kuppelbau seine letzte Ruhe finden?

Gute sechstausend Meter Luftlinie oder dreizehn Autominuten entfernt steht die moderne *Ahmet Hamdi Akseki Moschee*. Sie ist ein ebenso monumentales Statement wie Atatürks letzte Ruhestätte und steht neben dem *Diyanet (İşleri Başkanlığı)*, dem türkischen „Präsidium für religiöse Angelegenheiten“. Erst 2008 wurde ihr Grundstein

gelegt. In sanften Pastelltönen gehalten trägt die Moschee stolze sechs Minarette. Sie verbindet architektonisch orientalische Ornamentik mit der schlichten Moderne, ihr Innenraum beherbergt kunstvolle Kalligraphien, die sofort an Istanbul's Hagia Sophia denken lassen. Hunderte gläubige Männer haben sich zum Gebet eingefunden; ihre Blicke richten sich abwechselnd auf den Teppich und gen Mekka. Der Widerspruch im Selbstverständnis der modernen Türkei manifestiert sich auch architektonisch: Religion oder Säkularität? Welches der Prinzipien trägt das Selbstverständnis des Landes heute?



Kemal „Atatürk“ mit seiner Frau Latife Uşşaki im Jahr 1923. Die Ehe hielt nur zweieinhalb Jahre.

Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Scherl

Landesdaten Türkei (*Türkiye Cumhuriyeti*)

Fläche	814.578 km ² *
Bevölkerung	79.414.269 [Schätzung Juli 2015] **
Bevölkerungswachstum	1,37 % [Erhebung 2015] *
Ethnische Gruppen	Türken 70–75 %, Kurden 18 %, andere 7–12 % **
Religionszugehörigkeit	Muslime 99,8 %, andere 0,2 % (vor allem Christen und Juden) **
Sprachen	Türkisch (offiziell), Kurdisch, andere Minderheitensprachen **
Durchschnittsalter	31,1 Jahre **
Bevölkerung unter 15 Jahren	25,45 % **
Bevölkerung über 65 Jahren	7,09 % **
Lebenserwartung bei der Geburt	74,57 Jahre **
Geburten pro Frau	2,05 **
Alphabetisierungsrate	95 % **
Wachstum BIP	3,3 % (2014) *
BIP pro Kopf	9.680,07 US-Dollar (2015) ***
Arbeitslosigkeit	11,43 % [Erhebung 2014] **
Jugendarbeitslosigkeit (15 bis 24 Jahre)	18,30 % (August 2015) *****
Inflation	6,2 % (2014) *
Human Development Index (<i>United Nations Development Programme</i>)	Rang 69 (von 187 Staaten) ****
Rating Pressefreiheit (Reporter ohne Grenzen)	Rang 149 (von 180 Staaten) ****
Korruptionsindex (<i>Transparency International</i>)	Rang 64 (von 175 Staaten) (2014) *****

* Auswärtiges Amt: <http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/01-Laender/Tuerkei.html> [Stand: September 2015]
 ** CIA World Factbook: <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/tu.html> [Stand: September 2015]
 *** <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/17330/umfrage/arbeitslosenquote-in-der-tuerkei/> [Stand: September 2015]
 **** http://www.visionofhumanity.org/mwg-internal/de5fs23hu73ds/progress?id=Riaa5KHok9ArUpmjFRwPqwwa0pFzcVwTq9RV7Ck_ivE [Stand: September 2015]
 ***** https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/Redaktion/Presse/Downloads/Ranglisten/Rangliste_2015/Rangliste_der_Pressefreiheit_2015.pdf [Stand: September 2015]
 ***** <https://www.transparency.org/cpi2014/results> [Stand: September 2015]
 ***** <http://de.tradingeconomics.com/turkey/youth-unemployment-rate> [Stand: September 2015]





Abbildung: Kartographie Kämmer, Berlin

Die Schizophrenie der modernen Türkei

Mit dem Laizismus Atatürk'scher Prägung ist es im Lande längst vorbei. Die Kompetenzen des *Diyanet* sind umfassend:¹ Es kontrolliert und verwaltet die rund 80.000 Moscheen der Türkei, stellt deren Geistliche an, schreibt die Freitagspredigten und organisiert die offiziellen Koran-kurse des Landes. Es spricht *Fatwas*, religiöse Handlungsanweisungen, aus und beaufsichtigt die *Hac* – so nennen Türken die Pilgerreise nach Mekka. Statt den Islam als Privatangelegenheit zu behandeln, setzt die Türkei auf eine umfassende Kontrolle der Religion: Das *Diyanet*, das hierfür als Hauptinstrument dient, ist als Behörde dem Amt des Ministerpräsidenten zugeordnet. Auf Fragen nach dem säkularen Staatswesen angesichts dieser Befunde reagiert man im Hause *Diyanet* gereizt. Man sehe hier keine Diskrepanz, heißt es schmallippig.

In der Tat: Der Begriff Diskrepanz passt nicht, man würde damit untertreiben. In den Räumlichkeiten des

Diyanet in Ankara spiegelt sich die Schizophrenie der modernen Türkei wie an vielen anderen Orten des Landes. Auch wenn der Republikgründer dem Islam kritisch gegenüberstand: Egal, wie klein das Städtchen, egal wie religiös-konservativ dessen Bewohner – der zentrale Sammelplatz einer Gemeinde ist fast immer der *Atatürk Meydanı* mit dazugehöriger Statue oder wenigstens Büste. Verabredungen am Atatürk-Platz können getrost beim ersten Besuch einer türkischen Stadt ohne einen einzigen Blick auf die Karte getroffen werden.

Die Verehrung des Staatsgründers führt dazu, dass es sich weder Staatsoberhaupt noch Ministerpräsident in der Türkei erlauben kann, sich öffentlich von Atatürk zu distanzieren, auch wenn sich die Politik offensichtlich längst von der kemalistischen Doktrin entfremdet hat. Während Recep Tayyip Erdoğans autoritärer Führungsstil sich dem Mustafa Kemals annähert, könnten die politischen Inhalte kaum verschiedener sein. Das verbindende Element ist lediglich der starke Nationalismus; die gesellschaftlichen Vorstellungen sind mitnichten zu vereinbaren.

¹ Vgl. Heinz Kramer: Ideologische Grundlagen und Verfassungsrahmen, in: Türkei (= Informationen zur politischen Bildung Nr. 313), Bonn 2011, S. 11–25, hier S. 20f.

Das Reich der Osmanen

Während Millionen von Türkinnen und Türken – zuletzt 49,5 Prozent der Wählerinnen und Wähler² – mit der 2001 gegründeten *Adalet ve Kalkınma Partisi* (AKP – „Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung“) die Partei desjenigen Mannes wählen, der Atatürks säkulares Erbe in den Augen nicht weniger Beobachter zugrunde richtet, berufen sich viele gleichzeitig in Diskussionen um den türkischen Nationalstolz auf „ihren“ Staatsgründer. Wer verstehen will, wie das zusammengeht, muss die Antwort in der türkischen Geschichte suchen.

Ogleich erst 1923 gegründet, blickt die moderne Türkei auf eine lange historische Tradition zurück. Das mächtige Osmanische Reich ist im frühen 14. Jahrhundert entstanden.³ Namensgeber Osman I. war Herrscher eines muslimischen Stammes aus Nordwest-Anatolien und begann im Jahr 1299, sein Herrschaftsgebiet zunehmend von dem der gleichsam turkstämmigen Rum-Seldschuken loszulösen. Daraus entwickelte sich eine Jahrhunderte währende dynastische Herrschaft, die sich auf dem Höhepunkt ihrer Macht über weite Teile des Nahen Ostens und Kleinasiens, des Balkans, Nordafrikas und der Krim erstreckte. 1453 eroberten die Osmanen unter Sultan Mehmed II. Konstantinopel, das fortan auch unter dem osmanisierten Namen *Konstantiniyye* oder *İstanbul*⁴ als Hauptstadt des riesigen Reiches diente. Das Ereignis besiegelte nicht nur den endgültigen Aufstieg des Osmanischen Reichs zur Großmacht, sondern auch den Niedergang des christlich-orthodoxen Byzantinischen Reichs, das auf eine fast tausendjährige Geschichte zurückblickte. Konstan-



Die Eroberung Konstantinopels durch die Türken unter Sultan Mehmed II. am 29. Mai 1453 (Illustration aus dem 15. Jahrhundert)

Abbildung: ullstein bild

tinopel wurde zwar geplündert, doch man versuchte im Anschluss, die alteingesessene Bevölkerung – insbesondere Griechen und Juden – zum Bleiben zu bewegen.

Es folgte die Blütezeit des Osmanischen Reichs unter Sultan Süleyman I., der erstmals ein Rechtssystem neben der islamischen *Shari'a* umfassend kodifizierte. In seine Regentschaft fällt auch die erfolglose, aber noch immer berühmte Belagerung von Wien aus dem Jahr 1529.

Der „kranke Mann am Bosphorus“

Trotz des Erfolgs Süleymans I. auf seinen sonstigen Eroberungsfeldzügen kämpfte die „Pforte“⁵ bereits mit Krisenerscheinungen, die schließlich mehrere Jahrhunderte später zum Fall des Osmanischen Reichs beitragen sollten: mangelnder Rückhalt in der Landbevölkerung aufgrund hoher Steuern und Inflation, finanzielle Schwierigkeiten durch Militärausgaben, Korruption und Ämterkauf. Die Probleme der einfachen Bevölkerung insbesondere in Anatolien führten zu Aufständen und Landflucht, deren Folgen noch bis heute in den unterentwickelten türkisch-ländlichen Gebieten zu spüren sind.

Die Regentschaften schwacher Nachfolger verschärften die Krisensymptome des riesigen Reichs. Die militärische

2 Laut amtlichem Endergebnis der Neuwahlen vom November 2015 kommt die AKP auf 317 von 550 Sitzen in der Nationalversammlung, hält also die absolute Mehrheit. Die Mitte-Links-Partei CHP (*Cumhuriyet Halk Partisi*) erhielt 25,32 Prozent der Stimmen (134 Sitze) gefolgt von der kurdisch geprägten HDP (*Halkların Demokratik Partisi*) mit 10,76 Prozent und 59 Sitzen. Die ultra-nationalistische MHP (*Milliyetçi Hareket Partisi*) kommt im neuen Parlament auf 40 Sitze, obwohl sie mit 11,9 Prozent mehr Stimmen erlangte als die MHP, was an den Eigenheiten der türkischen Wahlkreiseinteilung liegt. Das ausführliche Ergebnis, das auch interessante Rückschlüsse auf die türkische Wählerschaft im Ausland zulässt, ist (nur auf Türkisch verfügbar) hier abrufbar: <http://www.ysk.gov.tr/ysk/content/conn/YSKUCM/path/Contribution%20Folders/SecmenIslemleri/Secimler/2015MVES/96-D.pdf> [Stand: 19.11.2015]; die sich daraus ergebende Sitzverteilung: <http://www.ysk.gov.tr/ysk/content/conn/YSKUCM/path/Contribution%20Folders/SecmenIslemleri/Secimler/2015MVES/96-E.pdf> [Stand: 14.11.2015].

3 Das nach wie vor versierteste Überblickswerk zum Osmanischen Reich in deutscher Sprache stammt von Klaus Kreiser: *Der Osmanische Staat 1300–1922*, München 2008.

4 Die formelle Umbenennung der Stadt in *İstanbul*, das vermutlich aus dem Altgriechischen entlehnt wurde und so etwas wie „in die Stadt“ bedeutet, erfolgte erst 1930, als Mustafa Kemal den Namen Konstantinopel wegen des darin anklingenden historischen Bezugs bewusst abschaffte. Die Stadt war zu diesem Zeitpunkt im Volksmund längst als solche bezeichnet worden.

5 *Babiali* (osman.: „Hohe Pforte“) ist ein Metonym für den Sitz der osmanischen Regierung, das ursprünglich die Eingangspforte des Istanbuler Sultanspalastes bezeichnete.

Schwäche des Osmanischen Reichs offenbarte sich schließlich 1683 im zweiten Versuch, Wien zu erobern, was in einer empfindlichen Niederlage endete und die europäischen Mächte dazu veranlasste, die Osmanen an mehreren Fronten anzugreifen. In der Folge mussten schwere Niederlagen und Gebietsabtretungen hingenommen werden.

Zunehmend sah sich der Vielvölkerstaat neben seinen strukturellen Schwierigkeiten schließlich auch einem neuen Feind ausgesetzt: dem in Europa erstarkenden und auch in andere Regionen ausgreifenden Nationalismus. „Der kranke Mann am Bosphorus“, wie der Osmanische Staat von europäischen Medien verspottet wurde,⁶ kämpfte an mehreren inneren Fronten mit Unabhängigkeitsbewegungen – zum Beispiel der Serben und der Griechen – und musste weitere Gebiete abtreten. Unter dem Schlagwort „Orientalische Frage“ wurde unter den europäischen Mächten immer offener über die Zukunft des Reichs und eine mögliche Zerschlagung seines Herrschaftsgebiets diskutiert.



Sultan Abdülmejid I. Mitte des 19. Jahrhunderts, gemalt von einem unbekanntem Künstler

Bild: ullstein bild/Heritage images/Fineart images

.....
 6 Dieses sprachliche Bild wurde erstmals von Zar Nikolaus I. verwendet, der in einem Gespräch mit dem britischen Botschafter 1852 damit den herrschenden Sultan Abdülmejid I. charakterisierte: „Wir haben [...] einen kranken Mann auf den Armen, es wäre ein Unglück, wenn er uns eines Tages entfallen sollte.“ Zit. nach Gerhard Herm: *Der Balkan. Das Pulverfaß Europas*, Düsseldorf 1993, S. 278. Dass das Osmanische Reich trotz aller tatsächlicher und vermeintlicher Andersartigkeiten als integraler Bestandteil Europas wahrgenommen wurde, veranschaulichen die in Großbritannien und Frankreich geläufigen Pendants zum hierzulande sprichwörtlichen „kranken Mann am Bosphorus“: „*the Sick Man of Europe*“ und „*l'Homme Malade de l'Europe*“. Vgl. M. Şükrü Haniöğlu: *Atatürk. Visionär einer modernen Türkei*, Darmstadt 2015, S. 202.

Innerhalb des Osmanischen Reichs setzte zu Ende der 1830er in der Regierungszeit Abdülmejids I. eine Reformära ein, die unter dem Namen *Tanzimat-ı Hayriye* („Heilsame Neuordnung“) in die türkische Geschichte einging. Sie zielte vor allem darauf ab, das Reich im Inneren zu befrieden und scheute auch vor umfangreichen Zugeständnissen nicht zurück: Die Nichtmuslime im Land wurden mit den Muslimen gleichgestellt, das Justiz- und Steuersystem wurden reformiert. Den wirtschaftlichen Problemen wurde man damit allerdings nicht Herr und auch der nationalistische Gedanke ließ sich nicht einfach wieder aus der Welt schaffen: Die Unruhen auf dem Balkan hielten an.

Der Balkan als „Pulverfass“

Im Inneren war Sultan Abdülhamid II., der durch einen Staatsstreich die Regentschaft erlangt hatte, bemüht, sich reformbereit zu zeigen: Er versprach sogar eine Liberalisierung der Verfassung, die ein parlamentarisches Regierungssystem einführen sollte. Die Pforte jedoch überwarf sich mit dem russischen Zarenreich – ein Krieg und Gebietsabtretungen folgten. Das russische Bestreben, zwei bulgarischen Provinzen sowie Bosnien und Herzegowina die Autonomie zuzugestehen, lehnte die Pforte ab, woraufhin der Zar den Krieg erklärte, den europäischen Teil des Osmanischen Reichs besetzte und gefährlich auf Istanbul vorrückte. Die militärische Stärke der Russen zwang den Sultan dazu, im Januar 1878 um Frieden zu bitten. Der Vertrag von San Stefano sollte die Nationalstaaten Bulgarien, Rumänien, Serbien und Montenegro schaffen, an Russland musste man die Provinz Kars abtreten. Zur Schaffung einer neuen Friedensordnung in Südosteuropa initiierte Bismarck den Berliner Kongress, in Zuge dessen der russische Zugriff auf das Osmanische Reich zugunsten eines Einflusses aller europäischen Mächte geschwächt wurde – insbesondere finanziell geriet der Sultan in zunehmende Abhängigkeit; auch der kulturelle Austausch mit den Europäern wurde intensiviert. Bosnien und Herzegowina gehörten fortan formal weiter zum Osmanischen Reich, waren aber von Österreich-Ungarn besetzt und verwaltet. Bulgarien war als eigenständiger Staat dem Reich tributpflichtig. Diese Ereignisse markierten das Ende der umfassenden inneren Reform des Reichs. Abdülhamid II. entwickelte sich zum Despoten, löste das Parlament auf und berief kein neues ein. Dessen Wiedereinsetzung wurde 1908 von der oppositionellen Bewegung der „Jungtürken“ erzwungen. Durch die unsichere innenpolitische Lage spitzte sich die Lage auf dem Balkan weiter zu – Österreich-Ungarn annektierte Bos-

nien und Herzegowina, was heute als „Bosnische Annektionskrise“ in den Geschichtsbüchern behandelt wird. Das Sultanat besaß nach einem gescheiterten Staatsstreich gegen die Jungtürken nur noch repräsentativen Charakter. Die jungtürkische Regierung verfolgte einen zunehmend aggressiven türkischen Nationalismus.⁷

In mehreren Kriegen verlor das Osmanische Reich unter den Jungtürken Libyen und nahezu alle verbliebenen europäischen Gebiete. Nach anfänglichem Zögern – und ohne uneingeschränkten Rückhalt im Parlament – schloss es sich im Ersten Weltkrieg schließlich den Mittelmächten Deutschland und Österreich-Ungarn an. Die Jungtürken kündigten alle internationalen Verträge auf, die eine Einmischung anderer Mächte in deren Innenpolitik ermöglichten. Ihr aggressiver Nationalismus führte auch zur Verhaftung, Deportation und schließlich im Wesentlichen in den Jahren 1915 und 1916 zum Genozid an den Armeniern, der bis heute von der Türkei nicht als solcher anerkannt wird.⁸ Neben den Armeniern wurden auch Aramäer, Assyrer und Griechen von den Jungtürken systematisch verfolgt. Mit der Niederlage im Weltkrieg war der Zusammenbruch des osmanischen Vielvölkerstaates endgültig besiegelt. 1918 besetzten die Siegermächte einen Großteil des noch verbliebenen osmanischen Gebiets. Das sogenannte „Jungtürkische Triumvirat“ musste fliehen. Der Nachfolger des Sultans, Mehmed VI., beugte sich dem Willen der Siegermächte und geriet innenpolitisch verstärkt unter Druck. Es formierte sich eine Widerstandsbewegung gegen die Besatzer. Die Stunde des Mannes hatte geschlagen, der fortan das Schicksal der Türkei in seine Hände nehmen sollte: Mustafa Kemal.⁹ Das türkische Parlament verlieh ihm 1934 den Nachnamen „Atatürk“ (wörtlich: „Vatertürke“).

.....

7 So setzte sie etwa das Osmanische als Amtssprache auch in den arabischsprachigen Gebieten des Reichs durch – was den Verlust des Rückhalts in den nichttürkischen Bevölkerungsteilen provozierte.

8 Der hundertste Jahrestag des Genozids hat zu einer veritablen Veröffentlichungswelle zum Thema geführt. Dabei stechen die Arbeit von Rolf Hosfeld: *Tod in der Wüste. Der Völkermord an den Armeniern*, München 2015, und der von Corry Guttstadt herausgegebene *Sammelband: Wege ohne Heimkehr. Die Armenier, der Erste Weltkrieg und die Folgen*, Berlin 2014, heraus. Intensiv wird in jüngster Zeit auch über die Rolle der deutschen Kriegverbündeten dabei diskutiert; siehe insbesondere Jürgen Gottschlich: *Beihilfe zum Völkermord. Deutschlands Rolle bei der Vernichtung der Armenier*, Berlin 2015.

9 Viele Details der Atatürk'schen Biographie sind nach wie vor ungeklärt oder umstritten – seine ethnische Abstammung, das genaue Geburtsdatum oder sein Beiname „*Kemal*“ („der Vollkommene“) beispielsweise sind Details, an denen Mustafa Kemal noch zu Lebzeiten für die Annalen der Geschichte feilte. Zum Leben und Wirken Atatürks kann neben der deutschsprachigen Biographie von Kreiser auch das Buch von Haniöğlu (wie Anm. 6), das jetzt in aktualisierter Fassung und deutscher Übersetzung vorliegt, empfohlen werden. Klaus Kreiser: *Atatürk. Eine Biographie*, München 2008.

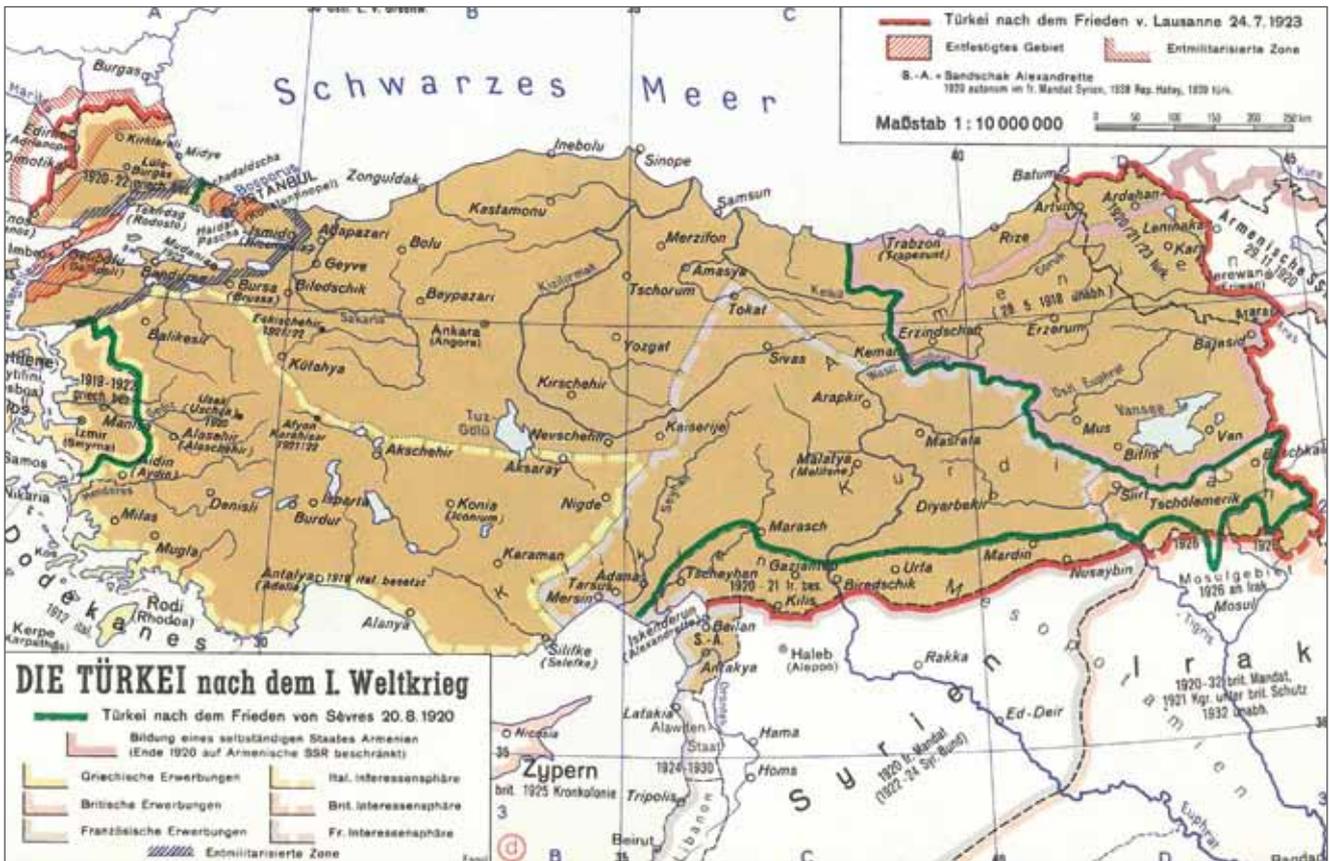
Der Vater der Türken

Der Offizier, der sich bei der Verteidigung der Halbinsel Gallipoli im Jahr 1915 reichsweit einen Namen gemacht hatte, führte eine Befreiungsbewegung an, die bald eine Art Gegenregierung in den besetzten Gebieten bildete und schon in den Wahlen im Dezember 1919 eine Zweidrittelmehrheit erlangte. Sie verlegte ihren Sitz nach Ankara, wo im darauffolgenden Jahr die „Große Türkische Nationalversammlung“ zusammentrat und 1921 eine provisorische Verfassung verabschiedete. 1920 hatte die Pforte unter Mehmed VI. den von den Siegermächten des Ersten Weltkriegs diktierten Friedensvertrag von Sèvres unterzeichnet, der das Osmanische Reich de facto entmündigte. Atatürk erkannte diesen Vertrag nicht an und ließ es auf eine erneute kriegerische Auseinandersetzung ankommen: Im „nationalen Befreiungskrieg“ wurden die griechischen Truppen zurückgeschlagen und die griechische Bevölkerung (insbesondere in Smyrna, heute: İzmir) vertrieben. Im Gegenzug verwiesen die Griechen türkischstämmige Einwohner des Landes. Der Bevölkerungsaustausch wurde im Vertrag von Lausanne 1923 von vielen Großmächten abgesegnet und schließlich nahezu vollständig durchgeführt. Das beiderseitige Ziel, ein homogenes Staatsvolk zu regieren, ging nicht ohne Blutvergießen vonstatten und wird heute von Wissenschaftlern unter der Bezeichnung ethnische „Säuberung“ diskutiert.¹⁰

Der erfolgreiche Widerstand gegen den Vertrag von Sèvres füllte eine Lücke, die Mustafa Kemal zu seinem kompetentesten Aufstieg verhalf. Die Erfolge der Kemalisten, wie sich die Anhänger Atatürks nannten, fanden auch international schnell Anerkennung. Atatürk schaffte das Sultanat ab, die Istanbuler Regierung trat zurück und der letzte Sultan des Osmanischen Reichs musste zusammen mit allen Mitgliedern der Dynastie das Land verlassen. Die türkische Republik wurde am 29. Oktober 1923 ausgerufen. Mustafa Kemal fungierte als Staatspräsident; İsmet İnönü wurde erster Ministerpräsident der Türkei. Die Selbstbehauptung der Türkei unter den widrigen Bedingungen des verlorenen Krieges machte aus Atatürk eine Identifikationsfigur der jungen Republik, die in der Geschichte ihresgleichen sucht.¹¹ Der Weg für die gesell-

10 Vgl. Michael Schwartz: *Ethnische „Säuberungen“ in der Moderne. Globale Wechselwirkungen nationalistischer und rassistischer Gewaltpolitik im 19. und 20. Jahrhundert*, München 2013, hier S. 396–424.

11 Daraus erwuchs auch die große Bewunderung Adolf Hitlers für Mustafa Kemal, als dessen Schüler sich der Nationalsozialist sogar einmal bezeichnete. Hitler stieß damit aber bei weitem nicht auf die gewünschte Gegenliebe. Vgl. Stefan Ihrig: *Atatürk in the Nazi Imagination*, Cambridge 2014.



Die Türkei nach dem Frieden von Sèvres (20. August 1920)
 Karte: Großer Historischer Weltatlas, hg. v. Bayerischen Schulbuch-Verlag, Teil III., Neuzeit, München 1962, S. 127.

schaftliche Umgestaltung der Türkei nach den Vorstellungen des Staatsgründers war frei.¹²

Atatürk brach im Zuge der gewünschten Verwestlichung des Landes mit einer Vielzahl bedeutender Traditionen: Neben dem Sultanat (der weltlichen osmanischen Macht) schaffte er das Kalifat (die geistliche Oberhoheit, die bis dahin an den Sultan gekoppelt war) ab und verbot die traditionelle orientalische Kopfbedeckung des Fes.¹³ Er unterzog die Türkei einer umfassenden Schriftreform: Die arabisch-

persische Schrift des Osmanischen wurde durch eine modifizierte Form des lateinischen Alphabets ersetzt,¹⁴ nicht-türkische Wörter – soweit als solche erkannt – wurden aus dem Wortschatz verbannt. Dies bedeutete zugleich auch ein Vorgehen gegen religiöse Traditionen, denn die orientalischen Zeichen waren immer auch als Schrift des heiligen Koran interpretiert worden.¹⁵ Atatürk unterdrückte das autonome

12 Dabei wäre es ein grober Fehler, Atatürks Reformprogramm als Durchsetzung von ihm erfundener Werte zu deuten: Mustafa Kemal war in erster Linie ein Kind seiner Zeit, der bereits bestehende Ideen der Moderne adaptierte. Er konnte dabei auf spätosmanische Reformbemühungen wie auf europäische Theorien und Modelle zurückgreifen, vgl. Haniöglu (wie Anm. 6), S. 227 ff.

13 Im „Hutgesetz“ (*şapka kanunu*) von 1925 wurden alle Staatsbediensteten verpflichtet, als „eines der sichtbarsten Zeichen des Kampfes gegen Fanatismus und Unwissen“ Hüte nach europäischer Mode zu tragen. Der als griechisch „verunglimpft“ Fes – ein kegelstumpfförmiger Filzhut – wurde damit untersagt – was bemerkenswerterweise heftigere gesellschaftliche Proteste hervorrief als die Abschaffung des Kalifats. In der Folge wurden „Hutgegner“ vor republikanische „Unabhängigkeitstribunale“ gestellt und Anführer von öffentlichen Protesten mitunter sogar zum Tode verurteilt. Haniöglu (wie Anm. 6), S. 210 f.

14 Linguisten sind sich heute weitgehend einig, dass das modifizierte lateinische Alphabet der türkischen Sprache tatsächlich besser gerecht wird: Ein Hauptproblem der Verschriftlichung des Türkischen im arabisch-persischen Alphabet ist die Darstellung der Vokale. Das Osmanische war der komplexe historisch gewachsene Versuch, drei Sprachen gänzlich unterschiedlicher Familien (Arabisch als semitische Sprache, Persisch als indoeuropäische Sprache und Türkisch als asiatische Turksprache) in einem einheitlichen Sprach- und Schriftsystem zu verbinden.

15 Dazu ist sogar eine Fatwa aus dem Jahr 1910 überliefert: Die religiösen Autoritäten des Osmanischen Reichs konstatierten, dass ein Muslim sich an seiner Religion versündigt, wenn er ein anderes als das arabische Alphabet verwende, vgl. Haniöglu (wie Anm. 6), S. 217. Ähnlich religiös aufgeladen war auch Atatürks Entscheidung, die islamische Zeitrechnung durch die Einführung des Gregorianischen Kalenders mitsamt seiner Unterscheidung in vor- und nachchristliche Zeit zu ersetzen. Als endgültiger Bruch mit der religiösen Tradition wurde von vielen die Einführung des Sonntags als Wochenfeiertag empfunden, der fortan den muslimischen Freitag ersetzte.

islamische Bildungswesen und trieb die rechtliche Gleichstellung der Frauen voran.¹⁶ Die radikale Europäisierung des Landes zeigte sich auch darin, dass seit Juni 1934 verbindlich Familiennamen getragen werden mussten¹⁷ – ein Novum in der türkischen Gesellschaft. Dabei waren Atatürks Absichten, bevor dieser in den 1920er Jahren mit seiner republikanischen Partei die faktische Alleinmacht in der Türkei erlangte, in ihrem Ausmaß und auch in ihrer Ausrichtung noch nicht abzusehen: Mustafa Kemal war ein Meister des Pragmatismus – wenn nicht gar des Opportunismus – wenn es der Erreichung seiner Ziele in irgendeiner Form dienlich war.¹⁸

Personenkult um Atatürk

Auch wenn viele der Atatürk'schen Reformen mit all ihrer Vehemenz und der brutalen Geschwindigkeit ihrer Umsetzung in ihrer unmittelbaren Massenwirkung zunächst begrenzt waren, so führten sie doch langfristig zu einer weitreichenden Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der Türkei – in den Großstädten, allen voran Ankara und Istanbul, sehr viel schneller und umfassender als im Herzen des ländlichen, insbesondere östlichen Anatoliens mit seiner konservativen Bevölkerung, die auch in der Folge dem Bildungs- und Elitensystem der neuen Türkei eher fern blieb. Trotz aller Säkularisierungs- und Entislamisierungsbemühungen blieb der Islam für einen Großteil der türkischen Gesellschaft ein entscheidender Identifikationsrahmen. Man bemühte sich in der neuen Wirklichkeit der türkischen Republik sodann um eine Neudefinition des Verhältnisses von Islam und Moderne. Jahrzehnte später führte dieser Prozess dazu, dass eine dezi-

diert islamische Partei wie die *AKP* im Lande Atatürks an die Macht kommen konnte.

Neben den heute weitgehend als „positive Verwestlichung“ wahrgenommenen Veränderungen in der türkischen Gesellschaft waren Atatürk und Gefolge auch vor problematischem europäischen Gedankengut nicht gefeit: Sie importierten mit dem europäischen Fortschrittsgedanken zugleich auch sozialdarwinistischen Rassismus, aggressiven Nationalismus und autoritäre Herrschaftsmuster. Als Auswüchse des Versuchs, die islamische Religion durch ein anderes Identifikationsobjekt zu ersetzen, können die pseudo-wissenschaftliche „Türkische Geschichtsthese“ (*Türk Tarih Tezi*), die Zentralasien und namentlich Anatolien als Wiege der Menschheit und die Türken als Begründer der Zivilisation propagierte, und die sogenannte „Sonnensprachtheorie“ des dubiosen serbischen „Sprachpsychologen“ Hermann Feodor Kvergić gelten, der das Ur-Türkische als erste Sprache der Menschheit identifiziert haben wollte. In der Republik bediente man sich dieser scheinbar wissenschaftlich verbürgten Genialität der türkischen Nation nur allzu gerne, um die eigene Überlegenheit gegenüber anderen Völkern herauszustreichen und die osmanische Geschichte, mit der man brechen wollte,¹⁹ stillschweigend zu übergehen.

Der quasi-religiöse Personenkult um die Symbolfigur Mustafa Kemal, der 1938 starb, trieb teils bizarre Blüten:²⁰ 1954 hatte ein junger Hirte in der ostanatolischen Provinz eine Erscheinung. In einem Schatten, den die Sonne auf einen Hügel warf, wollte er den Republikgründer erkannt haben und meldete das „Wunder“ den lokalen Behörden, die es sogleich öffentlich verkündeten. Seit 1997 wird am Schauplatz des Geschehens alljährlich ein Festival veranstaltet, zu dem unzählige Besucher anreisen, um das „Wunder“, das bei entsprechenden Tageszeit- und Lichtverhältnissen schlicht und einfach einen Schatten in Form der umliegenden Hügel zeigt, mit eigenen Augen zu sehen. 2004 aber ereignete sich Ungeheuerliches, eine „Respektlosigkeit sondergleichen“, „Hochverrat“, wie ein türkischer Parlamentsabgeordneter wissen ließ: Ein nichtsahnender Schäfer war just in dem Moment, in dem der Schatten sich zeigte, in die Silhouette Atatürks hineingelaufen. Die Menge tobte vor Zorn.

16 Lange vor der Umsetzung in vielen europäischen Ländern wurde das aktive Frauenwahlrecht schon in den 1920er Jahren eingeführt; 1934 folgte auch das umfassende passive Wahlrecht. Die türkische Frauenbewegung wurde von Atatürk und seinen Gefährten freilich nur so weit unterstützt, als sie sich dem republikanischen Programm unterwarf und eine kleine Elite an Vorzeigefrauen produzierte. Von einer umfassenden gesellschaftlichen Umwälzung des Verhältnisses von Mann und Frau blieb die Türkei sehr weit entfernt und ein großer Teil der Bevölkerung seinen konservativen familiären Traditionen verhaftet, vgl. Haniöğlu (wie Anm. 6), S. 212 ff.

17 Das „Familiennamengesetz“ schaffte das verwirrende Namenssystem der osmanischen Zeit ab: Personen waren durch eine Vielzahl von unterschiedlichen Namen und Umschreibungen bezeichnet worden, die neben Eigennamen etwa auch Rückschlüsse auf den Vater oder den Herkunfts-ort zuließen. Dabei waren Verwechslungen von Personen mit ähnlichen „Merkmalen“ an der Tagesordnung, vgl. Haniöğlu (wie Anm. 6), S. 216.

18 So bediente er sich vor 1923 trotz der eigentlichen Verachtung, die er für die Religion übrig hatte, durchaus islamischer Rhetorik, da er dies angesichts einer stark muslimisch geprägten Gesellschaft als erfolgversprechend erkannte. Dasselbe galt für die Verwendung pseudo-kommunistischer Sprachformeln, die es ihm erlaubte, sich die sowjetische Großmacht gewogen zu halten. Vgl. das Kapitel „Islamischer Kommunismus? Der Türkische Befreiungskrieg“, in: Haniöğlu (wie Anm. 6), S. 102–141.

19 Haniöğlu betont die lange vernachlässigten Kontinuitäten der spätosmanischen zur türkisch-republikanischen Geschichte: Er verweist insbesondere auf intellektuelle Strömungen im Osmanischen Reich, die schon längst Gedanken beinhalteten, die Atatürk später für sich allein beanspruchen sollte. Auch die Reformbemühungen der Tanzimat-Zeit sprechen für eine längere Tradition der allmählichen gesellschaftlichen Veränderungsprozesse.

20 Die Szene ist beschrieben bei Haniöğlu (wie Anm. 6), S. 22 f.



Diyarbakir, die „heimliche Hauptstadt der Kurden“ in Ostanatolien, außerhalb seiner Stadtmauern. Armut und Arbeitslosigkeit ist in der Region wesentlich stärker verbreitet als in westlicheren Gebieten der Türkei.

Foto: Kristina Milz

Während die Republik ihren Staatsgründer nach wie vor als Nationalhelden nahezu hagiographisch verehrt, steht sein politisches Erbe längst am Abgrund: Das Land wird von einer dezidiert islamisch geprägten Regierung geführt. Und es befindet sich im Krieg. An den Außengrenzen muss es sich mit dem militant-terroristischen Islamismus gegen eine Ideologie wehren, die Mustafa Kemal zutiefst verachtete; im Inneren kämpft sie mit den Geistern der Vergangenheit, die Atatürk mit der Nationalstaatsgründung einst besiegt zu haben glaubte: mit Unabhängigkeitsbestrebungen; heute in Gestalt vieler – aber längst nicht aller – Kurden, die das türkische Staatsgebiet ernsthaft infrage stellen.

Ein Land im Krieg

Ankara, Hauptbahnhof, 10. Oktober 2015: Junge Menschen ziehen am Gebäude vorbei in Richtung *Sihhiye*-Platz. Sie fordern ein Ende des Konflikts zwischen der türkischen Regierung und der PKK, der verbotenen „Arbeiterpartei Kurdistans“. Zur Demonstration hatte ein Bündnis linker Parteien und Gewerkschaften aufgerufen; als Hauptorganisator fungiert die kurdisch geprägte HDP. Zwei Sprengsätze explodieren. Mehr als 100 Menschen sterben; mehr als 500 werden verletzt. Es ist der schwerste Terrorangriff in der Geschichte der Türkei. Die Regierung machte schnell den selbsternannten „Islamischen Staat“ für die Tat ver-

antwortlich, gegen den sich die Türkei seit dem Sommer 2015 im Krieg befindet.²¹ Nach dem Motto „Cui bono?“ sehen Gegner der regierenden AKP diese in der Mitverantwortung: Direkt getroffen wurde vor allem die politische Opposition, zudem gilt: Eine verängstigte Bevölkerung tendiert zur Wahl von vermeintlich sicherheitsgarantierenden Parteien. Realistische Szenerie oder Verschwörungstheorie? Die Spaltung der türkischen Gesellschaft jedenfalls wurde durch den Schock über die Ereignisse verschärft.

Der Mann am Bosphorus ist nicht geheilt. Tatsächlich zeigt die jüngere Entwicklung in der Türkei krisenhafte Symptome, die strukturell an die Probleme aus der Endphase des Osmanischen Reichs erinnern: Die kurdische Unabhängigkeitsbewegung – als Begehren der einzigen aus dem Vielvölkerstaat ererbten großen Minderheit – ist zwar bereits seit Jahrzehnten ein Stachel im Fleisch der

.....
 21 Der IS hat sich bis heute nicht zu dem Anschlag von Ankara bekannt. Es ist eher untypisch für die Terrormiliz, sich ihrer Schreckenstaten nicht umgehend öffentlich zu brüsten, wie auch jüngst wieder nach den verheerenden Anschlägen von Paris beobachtet werden konnte. Andererseits könnte die Provokation genau solcher Überlegungen eine perfide Strategie der Fundamentalisten sein, um die Regierung in Ankara und damit die Türkei im Inneren zu destabilisieren. Nach außen jedenfalls zeigte die Unsicherheit über die Drahtzieher bereits ihre Wirkung: Die internationale Solidarität mit der Türkei nach dem Anschlag in Ankara fiel auffällig verhalten aus.

Republik: Die PKK, 1978 in einem Dorf in der Provinz Diyarbakır gegründet, versetzte mit ihren Anschlägen auch auf zivile Ziele, Selbstmordattentaten, Besetzungen und Selbstverbrennungen nicht nur die Türkei, sondern auch westeuropäische Städte in Angst und Schrecken; der türkische Staat schlug hart zurück. Der Konflikt forderte tausende Menschenleben.²² Dass die Türkei aber freiwillig die kurdisch bevölkerten Gebiete im Herzen Ostanatoliens aus ihrem Staatsgebilde entlässt, ist nahezu undenkbar.

Das abermalige Scheitern des Friedensprozesses im Sommer 2015 zwischen Staat und PKK, der von Erdoğan's Partei einst so hoffnungsvoll eröffnet wurde, zeigt, wie fragil, möglicherweise sogar irreparabel die Beziehungen zwischen Türken und ihren Kurden sind. Der Friedensprozess wurde von der Regierung des Ministerpräsidenten Ahmet Davutoğlu aufgekündigt. Kurdische Lesart: wegen des Erfolges der HDP mit Spitzenkandidat Selahattin Demirtaş bei den Parlamentswahlen im Juni 2015, der die Partei als ernstliche Konkurrenz erscheinen ließ.²³ Nach Ansicht der bis dahin alleinregierenden AKP wurde der Prozess dagegen beendet, weil die PKK die „nationale Einheit und Brüderlichkeit“ angreife. Nach dem Anschlag von Suruç im Juli 2015 mit über 30 Toten (für den die Regierung zwar den IS verantwortlich machte, in dem viele Kurden jedoch eine Mitschuld der Regierung sehen, da diese die Aktivitäten der Terrormiliz zu lange geduldet habe) verübte der militärische Arm der PKK mehrere Attentate auf türkische Polizisten. Das türkische Militär bombardiert seither rigoros PKK-Stellungen und nimmt dabei auch zivile Opfer – eigene Staatsbürger – in Kauf.

Bei dieser Diskussion sollte allerdings nicht vergessen werden, dass die Unabhängigkeitsbestrebungen der Kurden in der Türkei nicht zuletzt von mangelnden staatlichen Integrationsbemühungen im Hinblick auf die kurdischen Gebiete im Osten des Landes zumindest befeuert wurden und werden. Eine Reise in die Region um Diyarbakır, das als „heimliche Hauptstadt der Kurden“ gilt, macht auch heute noch eine frappierende strukturelle Unterentwicklung sichtbar; betroffen sind unter anderem Wirtschaft, Infrastruktur und Bildungseinrichtungen. Nachdem den

22 Die ausufernde Gewalt insbesondere in den 1980er und 1990er Jahren wurde bis heute auf keiner der beiden Seiten aufgearbeitet.

23 Als erster kurdisch geprägter Partei gelang es der „Demokratischen Partei der Völker“ (HDP) bei den Parlamentswahlen im Sommer 2015, die Zehn-Prozent-Sperrklausel – sie erreichte 13,12 Prozent der Stimmen – zu überwinden und damit ins Parlament einzuziehen. Zu den Ergebnissen der Wahl vgl. das amtliche Ergebnis <http://www.ysk.gov.tr/ysk/content/conn/YSKUCM/path/Contribution%20Folders/SecmenIslemleri/Secimler/2015MV/D.pdf> [Stand: 16.11.2015].



Das Amara-Kulturzentrum in der türkischen Grenzstadt Suruç an der Grenze zu Syrien. Am 20. Juli 2015 wurden hier mehr als 30 Menschen vermutlich von einem IS-Attentäter bei einem Selbstmordanschlag ermordet. Der Anschlag war der Auslöser für die Beendigung des Waffenstillstands zwischen der PKK und dem türkischen Staat. Aufnahme: Suruç, 20. Oktober 2015. Foto: ullstein bild/Fotograf: Christian Ditsch

Kurden in Artikel 62 des Vertrags von Sèvres Autonomie zugesagt wurde und sogar die staatliche Unabhängigkeit in Aussicht gestellt worden war, blieb dieser Anspruch mit der Revidierung des Vertrags unerfüllt. Im Vertrag von Lausanne kam der Passus nicht mehr vor. Im Zuge der Neuordnung der europäischen Staatenwelt nach dem „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ waren die Kurden, die sich als eigenes Volk identifizierten, also schlicht übergangen worden – heute leben sie in Teilen der Türkei, des Iran, Irak und Syriens. Bei vielen Beobachtern stößt die „kurdische Sache“ vor diesem Hintergrund auf Verständnis, bei manchen – insbesondere links-intellektuellen Gruppen in Europa – aber ist geradezu eine sehr problematische Romantisierung der PKK festzustellen.²⁴ Die

24 Einen interessanten Eindruck aus Diyarbakır dazu liefert die Journalistin Muriel Reichl: Die linke Kurdenfolklore, in: Zeit Online vom 10.08.2015, online: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2015-08/pkk-kurden-linke-tuerkei> [Stand: 15.11.2015]. Die sozialistische Rhetorik der PKK, vor allem in den Schriften ihres Anführers Abdullah Öcalan nachzulesen, ist für so manchen westlichen Beobachter eine willkommene und als weniger bedrohlich wahrgenommene „Abwechslung“ zur islamistischen Ausrichtung vieler anderer Gruppen der Region. In einer gewissen Revolutionsromantik wird – neben den indiskutablen Terrorakten mit etlichen zivilen Opfern – oft vergessen, dass es zum Beispiel gerade die erzkonservativen kurdischen Familientraditionen sind, die etliche junge Frauen als Kämpferinnen in die Berge zur PKK ziehen lassen, um vermeintliche Freiheiten zu erlangen – schwerlich also ein Signal für die kurdische Fortschrittlichkeit in Sachen Frauenemanzipation.

Kurden sind indes mitnichten ein homogener Block; vielmehr finden sich einzelne Gruppierungen in wechselnde Allianzen zusammen. Die PKK darf nicht mit den von der Bundesrepublik unterstützten Peschmerga-Kämpfern (den Streitkräften der Autonomen Region Kurdistan im Irak), oder den kurdisch-syrischen Volksverteidigungseinheiten (YPG) verwechselt werden, die sich in jüngster Zeit erbitterte Kämpfe mit dem IS lieferten. Die PKK gilt der Europäischen Union bis heute als terroristische Vereinigung.

Ebenso wenig gleichgesetzt werden dürfen die PKK und die HDP (*Halkların Demokratik Partisi*). Letztere beansprucht für sich, eine türkische Partei zu sein, die sich – entgegen der Beschuldigungen von Seiten der Regierung – nicht mit der Sache der PKK gemein machen möchte. Auch viele nicht-kurdische Türken hatten die Partei gewählt. Das Wahlergebnis vom Juni 2015 war als Abstrafung der seit 2002 alleinregierenden AKP des langjährigen Ministerpräsidenten und derzeitigen Präsidenten Erdoğan zu deuten. Diese hatte in den vergangenen Jahren ihre Machtbefugnisse in den Augen vieler Wählerinnen und Wähler überstrapaziert – was sich etwa im gewaltsamen Vorgehen gegen Demonstranten, den osmanischen Großmachtphantasien Erdoğan und den jüngsten Bestrebungen, die türkische Demokratie in ein Präsidialsystem umzubauen, offenbarte. Die AKP reagierte auf die Wahlniederlage, die die Partei erstmals in eine Koalitionsregierung gezwungen hätte, mit Härte: Gegen Gegner im Inneren, also insbesondere die HDP und die Anhänger des in den USA lebenden konservativ-islamischen Predigers Fethullah Gülen²⁵ wurde noch schärfer als zuvor vorgegangen, die Presse- und Meinungsfreiheit beschnitten. Anstatt sich dem Wählerwillen zu beugen und eine Koalition zu bilden, rief die Regierung Davutoğlu zu Neuwahlen auf.

.....

25 Der Streit zwischen Erdoğan und Gülen eskalierte im Dezember 2013, als Staatsanwälte, die letzterem nahestehen sollen, Ermittlungen wegen Korruption gegen Minister der Regierung Erdoğan einleiteten. Mit der Devise „Baut Schulen statt Moscheen“ hat die Gülen-Bewegung – einst politische Weggefährten Erdoğan – geschickt ein ideologisches Gegengewicht innerhalb des islamischen Lagers in der Türkei aufgebaut. Die Gefahr, die von ihr ausgeht, wird dabei höchst unterschiedlich bewertet: Die einen sehen sie als religiöse Kraft, die den Islam mit der Moderne versöhnen möchte, die anderen als sektenartige Bewegung vergleichbar mit *Opus Dei*, die in Wahrheit den türkischen Staat destabilisieren oder sogar einen Gottesstaat nach dem Vorbild Irans errichten möchte. Vgl. Özlem Topçu: Der Feind im eigenen Lager, in: Zeit Online, 13.02.2014, online: <http://www.zeit.de/2014/08/tuerkei-guelen-bewegung/komplettansicht> [Stand: 15.11.2015].

Interessante Hintergründe liefert auch Günther Seufert, tendiert dabei aber entschieden zu den Verteidigern Gülen: Die Gülen-Bewegung in der Türkei und Deutschland, in: bpb, 01.09.2014, online: <http://www.bpb.de/internationales/europa/tuerkei/184979/guelen-bewegung> [Stand: 16.11.2015].

Ein Roman vor Gericht

Der faktische Ablauf der jüngsten Wahlen wurde von Wahlbeobachtern zwar als weitgehend fair eingestuft, doch die Einschränkung der Meinungsfreiheit während des Wahlkampfs spricht eine andere Sprache. Angriffe auf HDP-Wahlkampfbüros durch AKP-Anhänger waren an der Tagesordnung, und die Stürmung oppositioneller Fernsehsender, die zum Teil live in deren Programmen zu verfolgen war, zeigte eine Unerschrockenheit, wie sie in der Türkei lange nicht beobachtet werden konnte. Das Vorgehen gegen Andersdenkende darf dabei nicht als absolutes Novum durch die politischen Umstände interpretiert werden: Seit Jahren häufen sich die Berichte über die Einschränkung der Meinungsfreiheit in der Türkei. Derzeit bekleidet das Land den Rang 149 von 180 Staaten im internationalen Ranking der Pressefreiheit der Organisation „Reporter ohne Grenzen“.²⁶

Schlaglichter auf den Umgang mit anderen Meinungen in der Türkei werfen die Fälle der Journalistin Canan Coskun und der Schriftstellerin Elif Şafak: Für erstere, die für die Oppositionszeitung *Cumhuriyet* schreibt, forderte die türkische Staatsanwaltschaft 23 Jahre und 4 Monate Haft, nachdem sie über verbilligte Luxuswohnungen für regierungstreue Richter und Staatsanwälte geschrieben hatte. Dieser Tage beginnt ihr Prozess wegen „Beleidigung der Justizvertreter“. Die Schriftstellerin Şafak musste sich in einem anderthalbjährigen Prozess wegen „Beleidigung des Türkentums“ verantworten, weil sie sich in ihrem Roman „Der Bastard von Istanbul“²⁷ der Geschichte der Armenier-Verfolgung widmete: „So surreal es auch war, vor Gericht musste mein Anwalt die fiktiven armenischen Charaktere aus meinem Roman verteidigen“, schreibt sie im Vorwort zur deutschen Ausgabe.²⁸

Auch wenn die AKP mit dem neuen Wahlergebnis, das ihr wieder die absolute Mehrheit der Sitze und damit eine Alleinregierung ermöglicht, deutlich zufriedener sein dürfte als mit jenem vom Juni, so hat sie doch zwei wesentliche Ziele mit den Neuwahlen nicht erreicht: Zur verfassungsändernden Mehrheit von 367 Stimmen und damit zur Einführung des von Erdoğan gewünschten Präsidialsystems – bisher ist seine verfassungsmäßige Stellung in etwa mit dem repräsentativen Charakter des deutschen Bundespräsidenten zu vergleichen – fehlen der Partei nach

.....

26 Die Rangliste 2015 ist online einsehbar: https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/Redaktion/Presse/Downloads/Ranglisten/Rangliste_2015/Rangliste_der_Pressefreiheit_2015.pdf [Stand: 16.11.2015].

27 Erstausgabe: Elif Şafak: *The Bastard of Istanbul*, New York/London 2006.

28 Elif Şafak: *Der Bastard von Istanbul*, Berlin 2015, S. 7.

wie vor 13 Stimmen.²⁹ Und die HDP konnte trotz der Stimmenverluste ihren Einzug ins Parlament verteidigen.

Dabei war Erdoğan einst der Hoffnungsträger der Nation, als er 2003 erstmals das Amt des türkischen Ministerpräsidenten übernahm. Als Aufsteiger, der als Kind auf den Straßen Istanbuls die berühmten *Simits* – Sesamkringel – verkaufte, verkörperte er einen neuen Politikertypus, dem sogar Liberale und Intellektuelle zutrauten, das säkulare und religiöse Lager der Türkei zu versöhnen. Nach einer langen Tradition des Misstrauens in die Politik – wenig verwunderlich nach diversen Militärputschen in der Türkei nach der Ära Atatürk³⁰, insbesondere der Erfahrung einer gewaltsamen Militärregierung zu Beginn der 1980er Jahre – wurde ihm und seiner Partei, die eine Zurückdrängung des militärischen Einflusses versprach, nach der Jahrtausendwende Vertrauen entgegengebracht.

Ein wahlentscheidendes Moment zugunsten der AKP Erdoğan war stets die Wirtschaftskompetenz, die der Partei von Millionen Wählerinnen und Wählern zugesprochen wurde. Und in der Tat ging es in der Türkei zu Beginn des neuen Jahrtausends wirtschaftlich rasant bergauf:³¹ Den Status eines Agrarlandes hat sie nun längst hinter sich gelassen; sie zählt zu den industriellen Schwellenländern. Den größten Anteil am Bruttoinlandsprodukt hat mit 60 Prozent der Dienstleistungssektor, gefolgt von der Leicht- und Schwerindustrie.³² Die wirtschaftspolitischen Strukturreformen der AKP-Regierung seit 2002 trugen nach einer Krise in den Jahren 2000/2001 zur nachhaltigen Stabilisierung des Finanzsektors und damit der gesamten türkischen Wirtschaft bei. Der radikale Reformkurs Erdoğan – gepaart mit der positiven Entwicklung der Weltwirtschaft zu Beginn des 21. Jahrhunderts – sorgte dafür, dass die Türkei sich mit ihrem durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen global gesehen schon bald im oberen Mittelfeld befand.³³ Die wirtschaftliche Entwicklung des Landes ist regional jedoch

.....
29 Zu den Ergebnissen der Neuwahl vgl. Anm. 2.

30 Der immer wieder aufflammende Konflikt zwischen Militär und Politik führte zu mehreren Stürzen von Regierungen und Verfassungsänderungen. Das Militär, das sich selbst stets als Verteidiger des Kemalismus erachtete, spielte bis zu den EU-Beitrittsverhandlungen der Türkei und der Regierung Erdoğan, im Zuge derer seine Macht eingeschränkt wurde, die entscheidende politische Rolle. Vgl. dazu Şahin Alpay: Die politische Rolle des Militärs in der Türkei, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 39/40 (2009), S. 9–15.

31 Vgl. Heinz Kramer: *Wirtschaft und Gesellschaft*, in: *Türkei* (wie Anm. 1), S. 40–50.

32 Vgl. hier und im Folgenden die Angaben des Auswärtigen Amtes: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Tuerkei/Wirtschaft_node.html [Stand: 18.11.2015].

33 2013 befand sich das Land nach Angaben des Internationalen Währungsfonds (IWF) immerhin auf Platz 65 von 186 Staaten.



Von Ankara nach Teheran: In Tatvan, einer osttürkischen Kleinstadt am Vansee, hält der Trans-Asia-Express. Auf die Fähre kommt nur der Gepäckwagen des Zugs. An der anderen Seite des Sees wartet der Zug, der die Reisenden dann über die türkisch-iranische Grenze bringt. Die iranischen Touristen kurbeln die Wirtschaft in der Türkei an: Es ist das einzige Land, in das sie ohne Visum reisen dürfen.

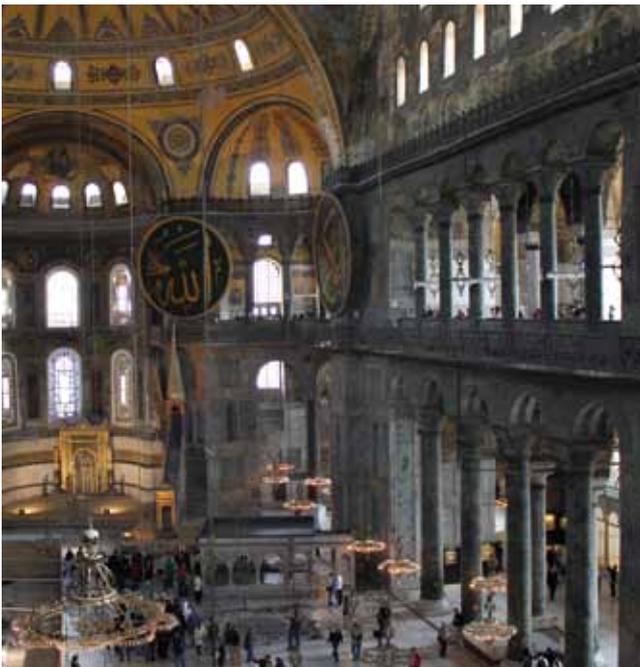
Foto: Kristina Milz

nach wie vor sehr verschieden; hinzu kommen strukturelle Probleme wie die niedrige Erwerbsquote von Frauen, der hohe Anteil von Schwarzarbeit, der nach wie vor insbesondere in ländlichen Regionen verbreitete Analphabetismus und die hohe Abhängigkeit der türkischen Industrie von Energie- und Rohstoffimporten.

Seit 2014 hat sich das Wirtschaftswachstum in der Türkei stark abgeschwächt: Es lag nur noch bei 2,9 Prozent, während es in den vergangenen zehn Jahren durchschnittlich 4,7 Prozent aufwies. Die türkische Lira hat seit Beginn des Jahres mit 30 Prozent massiv abgewertet und steht nach wie vor stark unter Druck, wodurch die Inflation angefeuert wird; die Realeinkommen sinken. Das führt dazu, dass insbesondere die ärmeren Bevölkerungsschichten trotz eines Mindestlohns von rund 1.200 Lira am Rande des Existenzminimums leben. Die Zahl der sogenannten „arbeitenden Armen“ wächst.

Aktuell zerbrechen sich türkische Wirtschafts- und Sozialpolitiker zudem den Kopf darüber, wie angesichts sinkender Geburtenraten mit einer alternden Bevölkerung umzugehen ist. Dabei wird auch die Entwicklung in Deutschland aufmerksam beobachtet, wo sich die demografischen Veränderungen deutlich früher als in der Türkei vollziehen. Belastet wird das soziale Sicherungssystem in der Türkei derzeit aber insbesondere von der Arbeitslosigkeit: Seit der Krise der Weltwirtschaft im Jahr 2008 wächst die Zahl der Erwerbslosen, jüngste Angaben der Regierung sprechen von

10,1 Prozent.³⁴ Dabei darf nicht vergessen werden, dass die Jugendarbeitslosigkeit noch sehr viel höher ist (s. Länderdaten). Jährlich drängen mehr als eine halbe Million junger Menschen neu auf den Arbeitsmarkt, können von diesem aber nicht vollständig absorbiert werden. Die Regierung versucht, der Arbeitslosigkeit mit Investitionsprogrammen, einer Fort- und Weiterbildungsoffensive für Fachkräfte sowie der Verbesserung beruflicher Ausbildungssysteme entgegenzuwirken und hofft auf 1,5 Millionen neue Arbeitsplätze in den kommenden drei Jahren. Die AKP muss wirtschaftlich insbesondere deshalb reagieren, weil die ärmere, ländliche Bevölkerung unter einer schwächelnden Konjunktur ganz besonders leidet – also die traditionelle Zielgruppe der Partei, die zugleich stark konservativ-religiös geprägt ist. Viele wandern auf der Suche nach Arbeit und besseren Lebensbedingungen in die Städte und industriellen Zentren und verstärken damit das starke Gefälle zwischen strukturschwachen und prosperierenden Regionen zusätzlich.



Die „Hagia Sophia“, einst Kirche, dann Moschee, dient heute als Museum. Wie lange wohl noch?
Foto: Kristina Milz

Die Türkei unter Erdoğan entfernte sich im Laufe der Zeit immer weiter von ihren vorsichtigen religiösen Grundfesten – Kritiker sprechen von einer aggressiven gesellschaftlichen Islamisierung des Landes. Besonders auffällig

34 Offizielle Angabe für August 2015 des Statistischen Instituts der Türkei: <http://www.tuik.gov.tr/Start.do;jsessionid=WGOjWkS19rgmcrzBfy1gThhGbpZvp00dBNbrrhHnZqM1wwDf2xPZ11547865707> [Stand: 16.11.2015].

wurden diese Bemühungen im April 2015, als in der Istanbuler Hagia Sophia erstmals wieder, im Rahmen der Eröffnungsfeier einer Ausstellung, von einem Imam koranische Suren zitiert wurden. Die Hagia Sophia, die bis zur Eroberung Konstantinopels durch die Osmanen religiöser Mittelpunkt der christlichen Orthodoxie war, diente über Jahrhunderte als Moschee *Ayasofya*. Mit der Säkularisierung in der Ära Atatürk war eine erneute Umwidmung des Bauwerks verbunden: Seither ist es ein Museum. Von islamisch-konservativen Kreisen in der Türkei wird jedoch immer wieder eine Rückführung zur Moschee gefordert. Daher wurden die Ereignisse vom April international als Statement der Regierung Erdoğan interpretiert.

Kappadokien im Frühjahr 2014: Die malerische Landschaft mit ihrer einzigartigen, aus weichem Tuffstein herausgehauenen Höhlenarchitektur in Zentralanatolien ist neben den Badeparadiesen wie Antalya im Süden der Türkei einer der Touristenhotspots des Landes. Die Gegend lebt von den aus- und inländischen Besuchern; die meisten der Bewohner finden ihr Auskommen als Touristenführer oder Restaurantbetreiber. Ausgerechnet hier stellen Touristen verduzt fest, dass nach 22 Uhr in den Geschäften offiziell kein Alkohol mehr verkauft wird. Türkische Polizisten, zufällig anwesend, genehmigen den illegalen Verkauf unter der Ladentheke jedoch manchmal, nachdem sie sich vergewissert haben, dass man es mit Ausländern zu tun hat.

Die Grundlage dafür ist ein Gesetz, das das türkische Parlament im September 2013 verabschiedete: Es schränkt den Alkoholkonsum in der Öffentlichkeit und die Werbung für Alkohol stark ein. Es verbietet zudem den Verkauf von Alkohol zwischen 22 und 6 Uhr und erhöhte die Steuern auf alkoholische Getränke drastisch. Erdoğan ließ sich sogar dazu hinreißen, Republikgründer Atatürk und den ersten Ministerpräsidenten der Türkei zu beleidigen, indem er verlauten ließ, das „Gesetz Gottes“ verbiete den Alkoholkonsum und sei wichtiger als die „Gesetze von zwei Betrunkenen“.³⁵ Der Versuch, die säkulare Republik wieder verstärkt religiös-islamischen Vorstellungen zu unterwerfen, wird als eine der Ursachen für die Monate währenden Proteste im Frühjahr und Sommer 2013 gewertet, die insbesondere die Großstädte Istanbul, Ankara und Izmir in Atem hielten. Der Auslöser – die Abholzung von Bäumen im am Istanbuler

35 Hier und im Folgenden vgl. Yaşar Aydın: Protest und Opposition in der Türkei – Das Ende einer Erfolgsgeschichte?, in: bpb, 18.06.2013, online: <http://www.bpb.de/internationales/europa/tuerkei/163433/protest-und-opposition-in-der-tuerkei> [Stand: 18.11.2015].
Es ist allgemein bekannt, dass Atatürk gerne dem Alkohol zusprach. Er starb 1938 an den Folgen einer Leberzirrhose.

Taksim-Platz gelegenen Gezi-Park –, der den Protesten ihren Namen geben sollte, war zweifelsohne nur der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Erstmals für alle sichtbar wurde bei den Protesten das große Oppositionspotential innerhalb der türkischen Gesellschaft: Die Mehrheit der Demonstranten war überdurchschnittlich gebildet; Umfragen zufolge besaßen mehr als die Hälfte einen Universitätsabschluss, ein weiteres Drittel waren Studenten. Das gewaltsame Vorgehen der türkischen Polizei gegen die Demonstranten mit Tränengaspatronen und hunderten Verhaftungen trugen dazu bei, dass sich zahlreiche Menschen den Protesten erst anschlossen und sich die Bewegung „Occupy Gezi“ zu türkeiweiten Demonstrationen gegen die Regierung Erdoğan ausweitete.

Das Schwächeln der türkischen Wirtschaft nach Jahren des Wachstums, die gesellschaftlichen Islamisierungsbemühungen, das gewaltsame Vorgehen gegen demokratische Demonstrationen: Zu Beginn der Regierungszeit Erdoğan als Ministerpräsident war all dies noch nicht absehbar. Das in Anlehnung an die asiatischen „Tigerstaaten“ als „anatolischer Tiger“ bezeichnete Wirtschaftswunder erblühte; Erdoğan zeigte sich offen, modern, aber wertkonservativ. Seine AKP gerierte sich als eine Art türkische CDU: Ähnlich dem C im Namen des deutschen Vorbilds, wollte Erdoğan seine Partei den Islam als Wertefundament achten und erhalten; von islamistisch-dogmatischen Ansätzen war man scheinbar weit entfernt. Hinzu kamen die Bemühungen um einen Frieden mit den Kurden. Erdoğan versprach Demokratie, Achtung der Rechte von Minderheiten und bemühte sich intensiv um einen EU-Beitritt.

Syrien als Nagelprobe des Verhältnisses der EU zur Türkei

Heute erscheint dies als das vielleicht größte Versäumnis der jüngeren EU-Geschichte: Eine Türkei Erdoğan in den frühen 2000er Jahren hätte unter Umständen in die Europäische Union integriert werden können – jedenfalls viel mehr als heute. Während sich die Politik in Brüssel und die Regierungschefs in den europäischen Ländern nach zum Teil absurd wirkenden Beitrittsverhandlungen aber nicht dazu durchringen konnten, einem muslimisch geprägten Land, das noch dazu von einer islamischen Regierung geführt wurde, in ihren Kreis aufzunehmen,³⁶

36 Als Hindernisse werden von Seiten der EU Demokratie-Defizite und die Nichtanerkennung der zur EU gehörenden Insel Zypern angeführt. Zu letzterem siehe Gülistan Gürbey: Der Zypern-Konflikt, in: bpb, 30.10.2014, online: <https://www.bpb.de/internationales/europa/tuerkei/185876/der-zypern-konflikt> [Stand: 18.11.2015].

orientierte sich die Türkei unter einem immer wieder im Amt bestätigten und erstarkenden Erdoğan um. Die Zustimmung zu einem EU-Beitritt innerhalb der Türkei ist seit dem Beginn der Beitrittsverhandlungen deutlich gesunken. Der nicht unbegründete Eindruck, dass die EU die Türkei lange hingehalten habe, ohne jedoch ihren Beitritt tatsächlich zu wollen, spielt hierbei eine wesentliche Rolle. Ironischerweise fällt dieses Desinteresse an der EU in der Türkei – die insbesondere aus wirtschaftlichen Überlegungen heraus von einem Beitritt nach wie vor erheblich profitieren würde – genau mit der Situation zusammen, in der die EU-Staaten und insbesondere auch Deutschland die Türkei verglichen mit den vergangenen Jahrzehnten am dringendsten als Partner benötigen: Die Türkei ist mit rund 2,5 Millionen Menschen derzeit das Land mit den meisten Flüchtlingen – global.

Mehr als zwei Millionen Syrer haben vor den Bomben des Assad-Regimes und der Schreckensherrschaft des IS Zuflucht in der Türkei gefunden. Der Anreiz für diese Menschen, die Türkei zu verlassen und in die EU weiterzuziehen, ist dabei relativ hoch, da es für sie in der Türkei kaum Perspektiven gibt. Auch dürften sich die Flüchtlinge im Land seit den jüngsten Anschlägen und dem Kampfeinsatz gegen den IS weniger sicher fühlen. Andere Gründe sprechen dagegen dafür, dass die Syrerinnen und Syrer gerne in der Türkei bleiben wollen: Zum Beispiel die geographische Nähe zu ihrer Heimat, in die sie hoffen, bald zurückkehren zu können. Die Menschen wurden nach Ansicht vieler Beobachter angesichts der Unsicherheit Europas in der Flüchtlingspolitik – in welcher viele nicht noch weitere tausende Asylsuchende an den EU-Grenzen sehen wollen – nichtsdestotrotz von Erdoğan im Wahlkampf als eine Art Faustpfand benutzt.

„Es hat einen bedeutenden Rückgang im Bereich der Meinungs- und Versammlungsfreiheit gegeben“,³⁷ war von der EU-Kommission zu vernehmen, als sie ihren jüngsten EU-Fortschrittsbericht über die Türkei veröffentlichte, der seinem Wesen nach vielmehr ein Rückschrittsbericht ist.³⁸ Weitaus umstrittener als sein Inhalt jedoch war der Zeitpunkt seiner Veröffentlichung: Der kritische Bericht der EU-Kommission wurde zurückgehalten und erst nach den Neuwahlen veröffentlicht. Statt den Termin einzuhalten,

37 Zit. nach der Agenturmeldung „EU kritisiert Türkei wegen Einschränkung von Grundfreiheiten“, in: Zeit Online, 10.11.2015, online: <http://www.zeit.de/news/2015-11/10/eu-eu-kritisiert-tuerkei-wegen-einschraenkung-von-grundfreiheiten-10091802> [Stand: 16.11.2015].

38 So betitelte denn auch die Frankfurter Allgemeine Zeitung ihre Berichterstattung: Hendrik Kafsack: Brüsseler Rückschrittsbericht. EU bescheinigt Türkei Defizite, in: FAZ vom 11.11.2015, S. 5.



Der türkische Präsident Tayyip Erdoğan in einer Arbeitssitzung der G-20 in Antalya, 15. November 2015.
Foto: ullstein bild – Reuters/POOL

wurde der türkische Präsident Erdoğan in Brüssel empfangen. Hinzu kam ein Besuch der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel bei Erdoğan in der Türkei zwei Wochen vor der Wahl – im Gepäck das Angebot der Visafreiheit für Türken in der EU und umfassende finanzielle Hilfen in der Flüchtlingspolitik –, der dazu beitrug, das Gebaren der EU für Kritiker als aktive Wahlkampfhilfe für Erdoğan's AKP erscheinen zu lassen. Andererseits hätte Merkel über die Koordinierung der Flüchtlingspolitik mit niemand anderem sprechen können als mit Erdoğan, da dieser zu diesem Zeitpunkt der einzige demokratisch legitimierte Ansprechpartner in der Türkei war – und zudem bei den Parlamentswahlen gar nicht offiziell zur Wahl stand. Regierungschef Davutoğlu war Erdoğan im Amt des Ministerpräsidenten nachgefolgt, ohne bisher in einer demokratischen Wahl bestätigt worden zu sein und zudem seit den Verlusten der AKP empfindlich angeschlagen. Ein Besuch bei Übergangspremier Davutoğlu wäre wohl noch stärker als Wahlkampfhilfe interpretiert worden. Trotz dieser formalen Neutralität blieb in der medialen Wahrnehmung dieser europäischen Gesten ein ungutes Gefühl: Die EU wurde in diesem Zusammenhang als Institution wahrgenommen, die ihre Werte je nach politischer Großwetterlage verteidigt und Beitrittskandidaten dementsprechend kritisiert oder auch nicht.

Dabei ist der Umgang mit der Türkei derzeit ein Problem, das vielleicht mehr denn je nach realpolitischen und

pragmatischen Lösungen verlangt: Neben der Flüchtlingspolitik ist auch eine Lösung des Syrienkonfliktes ohne die Türkei aufgrund seiner geographischen Lage und politischen Bedeutung schlicht undenkbar³⁹ – und dieser Konflikttherd ist schließlich das Land, das seit dem Zweiten Weltkrieg die größte Flüchtlingsbewegung hervorgerufen hat und noch immer hervorruft. Ein Dilemma, denn: Sollte das Bemühen um eine Befriedung Syriens dazu führen, dass man die Unterdrückung ziviler und oppositioneller Kräfte in der Türkei akzeptiert, wäre das eine moralische Bankrotterklärung aller Beteiligten. Für die Türkei würde es bedeuten, dass das große Potential des Landes, die junge und gut ausgebildete „Generation Gezi“, verheizt würde. ▀

.....

39 Die Haltung der türkischen Regierung in der Syrienfrage ist seit Jahren konsequent: Man spricht sich entschieden gegen jeden weiteren Machtanspruch des Assad-Regimes aus. Kritiker sind der Meinung – und hierfür gibt es viele Anhaltspunkte – dass deshalb den Aktivitäten des IS, der ja mittlerweile zu einem Hauptgegner des syrischen Regimes geworden ist, auch auf türkischer Seite der Grenze viel zu lange geduldet wurde. Die Türkei galt vielen als Transit- und Rückzugsgebiet der IS-Kämpfer. Regierungsanhänger betonen dagegen, dass der IS bereits 2013 auf die Liste der Terrororganisationen gesetzt wurde.

Die türkische Haltung im Syrien-Konflikt widerspricht jedenfalls diametral den Interessen des Kremls, der das russophile Assad-Regime an der Macht halten will. Nach dem Abschuss eines russischen Kampfflugzeugs durch die Türkei am 24. November 2015 dürfte eine Einigung der beiden Akteure in der Syrienfrage noch schwieriger werden.